

DRINGLICHKEITSANTRAG

der Abgeordneten **Ing. Thomas Schnitzer, Dr. Andreas Brugger, Fritz Dinkhauser, Bernhard Ernst, Fritz Gurgiser, Dr. Andrea Haselwanter-Schneider, Gottfried Kapferer**

betreffend:

PflegehelferInnen- und AltenfachbetreuerInnen-Ausbildung in den Regionen

Die unterfertigten Abgeordneten stellen den

A N T R A G:

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert sicherzustellen, dass in allen Bezirken Tirols PflegehelferInnenausbildungen und AltenfachbetreuerInnenausbildungen insbesondere an den regionalen Gesundheits- und Krankenpflegeschulen angeboten werden und dass die Ausbildungen (auch in Planung befindliche) so rasch als möglich begonnen werden, um den in vielen Regionen vorhandenen Personalengpass in den Alten- und Pflegeheimen abfedern zu können.“

Weiters wird beantragt diesen Antrag dem **Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit** zuzuweisen.

B E G R Ü N D U N G:

Die Nachfrage nach ausgebildeten Pflegekräften ist vorhanden und wird auf Grund der demographischen Entwicklung weiter ansteigen. Dieser Umstand ist durch entsprechende Studien belegt.

Da durch die angespannte Arbeitsmarktsituation ArbeitnehmerInnen vermehrt in Arbeitsstiftungen eintreten oder in Bildungskarenz gehen, ist es sinnvoll ein verstärktes Kursangebot im Bereich Pflegehelfer, Altenbetreuung zeitgleich zu den Laufzeiten der Arbeitsstiftungen für einen tatsächlich interessierten und geeigneten Personenkreis bereit zu stellen.

Die Dringlichkeit ergibt sich neben dem raschen positiven Personaleffekt für den Pflegesektor auch aus dem Umstand des enormen arbeitsmarktpolitischen Vorteils. Frauen und Männer die auf Grund der Arbeitsmarktsituation eine Umschulung hin zum Pflegebereich absolvieren möchten können dies so auch auf regionaler Ebene durchführen und wären während der Ausbildung nicht von ihren Familien getrennt. Die ausgebildeten Kräfte könnten in der Folge umgehend bedarfsgerecht im Pflegebereich beschäftigt werden, damit wäre einer zielgerechten, positiven Umsetzung der arbeitsmarktpolitischen Instrumentarien wie Arbeitsstiftung oder Bildungskarenz für die SchulungsteilnehmerInnen durch Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt sicher gestellt.

Unabhängig von der derzeitig, laufenden Personalbedarfserhebung soll bereits jetzt mit dieser Ausbildungsinitiative begonnen werden.

Innsbruck, am 30. April 2009